

Sozial-ökologische Antworten statt Lüge und Hetze - Rechtsextremismus durchschauen und Paroli bieten!

Rechtsextreme und populistische Kräfte nutzen den derzeitigen Dauerkrisenmodus, um Stimmung für ihre Themen zu machen. Um ambitionierten Umwelt- und Naturschutz zu verhindern, werden dabei bewusst Feindbilder geschürt und Desinformation gestreut. Die Konsequenz: Resignation und Besitzstandswahrung. Das Recht auf eine „imperiale Lebensweise“ wird vehement verteidigt.

Währenddessen gehen einige Parteien, ihnen voran die AfD mit Scheinlösungen (z.B. Atomenergie, EU-Ausstieg) auf Stimmenfang, die eine soziale und ökologische Zukunft unmöglich machen. Sie wollen Klimaschutzmaßnahmen verhindern, Besserverdienende noch reicher machen und demokratische Institutionen schwächen. Gesellschaftliche Folgekosten werden dabei systematisch verschwiegen.

Mit ihren menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Anschauungen ist insbesondere die AfD eine Gefahr für das parlamentarische Arbeiten, in den sozialen Netzwerken und auf der Straße. Die Landesverbände Thüringen und Sachsen-Anhalt gelten laut Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem. Die AfD ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Von vermeintlichen „Wissenschaftsinstituten“ (z.B. EIKE) und bis in die Belegschaften („Zentrum Automobil“ (ZA)) unterhalten rechtsextreme und populistische Kräfte heute ein breites Netzwerk.

Als Teil einer organisierten Zivilgesellschaft tritt der BUND für eine ökologische, demokratische, solidarische und vielfältige Welt ein. Wir stehen für einen respektvollen Umgang mit Natur und Mensch, auch jenseits von nationalen oder staatlichen Grenzen. „Rassistische, fremdenfeindliche und menschenrechtswidrige Auffassungen sind mit dem Grundsatz des Vereins unvereinbar“ (§ 2 Abs. 4 der BUND-Satzung).

Rechtes Gedankengut hat bei uns keinen Platz

In den letzten Jahren haben politische Kräfte an Einfluss gewonnen, die mit ihren rassistischen oder anderweitig autoritären Ideologien an bestehende Wachstumskritiken und Umweltforderungen anknüpfen. Sie versuchen, in bestehende Bürger*inneninitiativen und Bündnisse einzudringen und so wirksame außerparlamentarische Opposition zu verhindern.

Als BUND distanzieren wir uns nachdrücklich von völkischem und menschenverachtendem Gedankengut, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Umwelt- und Naturschutzbewegung. Wir pflegen ein offenes und antidiskriminierendes Miteinander und achten darauf, dass möglichst viele Gruppen, die Benachteiligung erlebt haben, an unseren Veranstaltungen teilhaben können.

Wir bieten Mitgliedern und Sympathisant*innen rechtsextremer und populistischer Gruppierungen, Parteien oder Organisationen keine Bühne. Sie werden nicht zu BUND-Veranstaltungen eingeladen und für Petitionen oder sonstige Aktionen angefragt. Dort wo nötig, zeigen wir auf, dass sie keine Sacharbeit leisten und keine Lösungen aufzeigen.

Multiple Krisen mit sozial-ökologischen Antworten lösen!

Rechtsextremes und populistisches Gedankengut wird von einem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem genährt, das von Ungleichheit und Konkurrenz profitiert und mit falschen Wohlstandsversprechen aufwartet. Es findet Unterstützung bei einer größeren Zahl von Bürger*innen, die sich aus verschiedenen Gründen nicht mehr ausreichend von den demokratischen Parteien vertreten fühlen.

Als BUND machen wir uns für eine ökologische und sozial gerechte Zukunft ohne wirtschaftliche Steigerungszwänge stark. Wir setzen dabei auf garantierte Teilhabe, Solidarität, Resilienz und die Stärkung demokratischer Mitbestimmung. Wir fühlen uns der internationalen Klimagerechtigkeit verpflichtet und fordern Unterstützung für Geflüchtete, die aufgrund von Umweltveränderungen ihre Lebensgrundlage verlieren. Wir haben mit der Klima-Verfassungsbeschwerde deutlich gemacht, dass Klimaschutz der langfristigen Erhaltung freiheitlicher Gesellschaften dient.

Fakten statt Desinformation und Lüge

Die AfD ist die einzige Partei, die den anthropogenen Klimawandel und seine Folgen offen leugnet. Wissenschaftliche Studien werden häufig unvollständig zitiert oder aus dem Kontext gerissen, Fakten verdreht. Mit dem Rückzug in die „Filterblase“ wird es für zivilgesellschaftliche Akteure immer schwieriger, zu relevanten Zielgruppen vorzudringen.

Als BUND setzen wir auf wissenschaftlich differenzierte, integrierende und basisdemokratisch erarbeitete Lösungen, statt auf einfache Antworten. Wir widersprechen vehement jedem „Klimaskeptizismus“. Um Zielgruppen außerhalb des Verbandes anzusprechen, setzen wir verstärkt auf die Kooperation mit Sozialpartnern und Gewerkschaften. Unsere Inhalte bereiten wir in verständlicher Sprache auf. Wir nutzen jede Gelegenheit, den Zusammenhang von sozialen und ökologischen Krisen deutlich zu machen. Wir setzen uns für eine mutmachende Klimakommunikation in den öffentlich-rechtlichen Medien ein.

Solidarisieren und Beratungsangebote stärken

Als engagierte Zivilgesellschaft muss sich jede*r Demokratiefreund*in im Alltag entschlossen populistischem und rechtsextremem Gedankengut entgegenstellen. Insbesondere die Ost-Landesverbände und BUND-Gruppen in Strukturwandelregionen oder ländlicheren Gegenden sind mit massiven Anfeindungen konfrontiert.

Landesverbände und BUND-Gruppen in Strukturwandelregionen oder ländlicheren Gegenden sind mit massiven Anfeindungen von rechts konfrontiert.

Damit der BUND in der Fläche durchsetzungsstark bleibt und Ehrenamtliche besser geschützt sind, wollen wir unsere Kompetenz und Strategien im Umgang mit dem erstarkenden Rechtsextremismus in der Gesellschaft weiter ausbauen. Dazu wollen wir bestehende Angebote (z.B. BUND-Akademie) verstetigen, Reflexionsräume schaffen und externe Ressourcen für den Verband nutzen. Wir prüfen eine Beteiligung an politischen Bündnissen gegen eine erstarkende rechte Bewegung.

Konkrete Aktionen

Der BUND muss insbesondere in Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg Präsenz und Gesicht vor Ort zeigen. Ziel ist es, mit möglichst vielen Bürger*innen ins Gespräch zu kommen, ihnen die Themen des BUND zu erläutern, aber vor allem für die Demokratie, für eine wissenschaftliche Grundlage und gegen Rechtsextremismus Stellung zu beziehen. Die BDV bittet alle Landesverbände zu prüfen, inwieweit eine Unterstützung der betroffenen Landesverbände möglich ist. Die Unterstützung muss in enger Abstimmung mit den Landesverbänden erfolgen. Denkbar sind dabei gemeinsame Veranstaltungen, Info-Stände oder öffentlichkeitswirksame (Bild-)Aktionen. Die BDV bittet die Bundesgeschäftsstelle zu prüfen, ob im Rahmen der bestehenden Budgets für Publikationen Material für diese Aktivitäten bereitgestellt werden kann.